

II-3265 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates

REPUBLIK ÖSTERREICH XIII. Gesetzgebungsperiode

BUNDESMINISTERIUM
FÜR GESUNDHEIT UND UMWELTSCHUTZ1010 Wien, den 14. Feber 1974
Stubenring 1
Telephon 57 56 55

Zl. 50.004/1-4/0/1-74

1536 / A.B.
ZU 1559/J.
Präs. am 15. Feb. 1974

B e a n t w o r t u n g

der Anfrage der Abgeordneten DDr. König
und Genossen an die Frau Bundesminister
für Gesundheit und Umweltschutz betreffend
Defizit der Bundesapotheken
(Zl. 1559/J-NR/1973)

In der gegenständlichen Anfrage werden an mich
folgende Fragen gerichtet:

1. Welche Maßnahmen werden Sie veranlassen, um die Ihnen unterstehenden Bundesapotheken wieder aktiv zu machen?
2. Gibt es für diese von Ihnen in Aussicht genommenen Maßnahmen einen mehrjährigen Wirtschaftsplan und welche Ergebnisse werden für die nächsten Jahre prognostiziert?
3. Welche wirtschaftlichen Ergebnisse wären zu erwarten, wenn die Bundesapotheken verpachtet oder veräußert würden?
4. Wann werden Sie eine Entscheidung über eine eventuelle Verpachtung, Veräußerung oder eine wirtschaftliche Art der Fortführung der Bundesapotheken treffen?"

In Beantwortung dieser Anfragen teile ich mit:

Zu 1. und 2.:

Ich habe eine Überprüfung der wirtschaftlichen Situation der Bundesapotheken durch geeignete Fachleute veranlaßt. Auf Grund des Ergebnisses dieser Überprü-

fung sollen Maßnahmen mit dem Ziel der Rationalisierung des Betriebes der drei Bundesapotheken getroffen werden.

Es liegt in der Natur der Sache, daß solche Maßnahmen planmäßig und stufenweise durchzuführen sind. Eine Aussage über die Ergebnisse, die von solchen Maßnahmen erwartet werden dürfen, läßt sich frühestens nach Vorliegen der Auswertung der oben angeführten Überprüfung treffen.

Was die von mir angekündigten Investitionen für bauliche Umgestaltungen der Bundesapotheken betrifft, so sind solche bei der Bundesapotheke "Alte Hof-Apotheke" im Hinblick auf die Erweiterung der Räume für die Spanische Reitschule zwingend notwendig und bei der Bundesapotheke "Zur Mariahilf" im Hinblick auf den Bauzustand des Gebäudes, in dem diese Apotheke untergebracht ist, unerlässlich. Als Ergebnis dieser Investitionen soll gleichfalls ein Rationalisierungseffekt erzielt werden.

Zu 3.:

Da zunächst die Durchführung von Rationalisierungsmaßnahmen in Angriff genommen wird, erscheinen mir Überlegungen hinsichtlich einer Verpachtung oder Veräußerung derzeit nicht zielführend.

Zu 4.:

Wie bereits zu den vorhergehenden Punkten ausgeführt wurde, werden zunächst alle Maßnahmen getroffen bzw. vorbereitet, die eine wirtschaftliche Art der Fortführung der Bundesapotheken ermöglichen. Sollten die in Aussicht genommenen Maßnahmen wider Erwarten nicht zu den gewünschten Ergebnissen führen, werden Überlegungen in der von Ihnen erwähnten Richtung angestellt werden. Nicht unerwähnt möchte ich lassen, daß gerade die Verpachtung der Apotheke "Zur Mariahilf" zu dem derzeitigen Bauzustand nicht unwesentlich beigetragen hat.

Der Bundesminister:

